

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 05.10.2018, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:30 Uhr**

Seite

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019 **153/2018**
3. Anpassung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf **143/2018/1**
4. Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes des Kreises Warendorf **147/2018**
5. Richtlinien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Seniorinnen und Senioren im Kreis Warendorf **118/2018/1**
6. Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf **119/2018**
7. Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern des Kreises Warendorf in Gremien juristischer Personen bzw. Personenvereinigungen **152/2018**
8. Antrag der Kreistagsfraktionen Die Linken und Bündnis 90/Die Grünen **155/2018**
9. Antrag der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ **156/2018**

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Verkauf eines Erbbaurechts in Beckum **144/2018**

Anlagen

- Anlage 1 Haushaltsrede des Landrates zu TOP 2
Anlage 2 Haushaltsplanentwurf 2018 zu TOP 2

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreistages
Aydemir, Ergül
Berkhoff, Henrich
Birkhahn, Astrid
Blex, Christian, Dr.
Block, Susanne
Blömker, Franz-Ludwig
Budde, Heinrich
Buschkamp, Franz-Josef
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Dufhues, Hannelore
Eisenhuth, Hans-Heinrich
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker

Hugenroth, Bernhard
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Kleibolde, Bernhard
Kozler, Thomas
Kreft, Peter
Lehnert, Susanne, Dr.
Luster-Haggeney, Rudolf
Marx, Burkhard
Mindermann, Ursula
Möllmann, Rolf
Multermann, Joachim
Nienkemper, Dorothea
Ommen, Detlef
Poppenberg, Bernhard
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schlösser, Ulrich
Schmedding, Josef
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Stöppel, Gregor
Strübbe, Robert
Stumpenhorst, Lothar
Tarnier, Hedwig
Tegelkämper, Paul
Westerwalbesloh, Florian

von der Verwaltung

Klausmeier, Brigitte
Ottmann, Michael
Rehers, Carsten
Schreier, Petra
Wessel, Katharina
Funke, Stefan, Dr.
Westbomke, Alfons

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages
Arnkens-Homann, Dagmar
Geiger, Andrea
Hermans, Pia
Holz, Günter
Pries, Wilhelm
Wagner, Natalie

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages sowie die Vertreter der Presse.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 24.09.2018 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Ferner weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass zum TOP 9 (156/2018) „Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen“ ein Resolutionstext der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ gegen Extremismus auf den Tischen ausliegt. Ebenfalls liege ein Resolutionstext der Verwaltung zu TOP 9 als Tischvorlage aus, welcher am 01.10.2018 an alle Fraktionsvorsitzenden versandt wurde.

Landrat Dr. Gericke gibt den Kreistagsmitgliedern noch den Hinweis, dass zum Ende der Sitzung der Entwurf des Haushaltsplans 2019 ausgehängt wird. Die Begleitvorlage zum Stellenplan liege dem Haushaltsplanentwurf bei.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2019**153/2018**

Landrat Dr. Gericke bringt den Entwurf der Haushaltssatzung 2019 begleitet durch eine PowerPoint-Präsentation in den Kreistag ein.

Die Rede ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Es gilt das gesprochene Wort.

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3.	Anpassung der Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf	143/2018/1
----	---	-------------------

Beschluss:

Die als Anlage 1 angepasste Richtlinie für längerfristige Kapitalanlagen des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes des Kreises Warendorf	147/2018
----	--	-----------------

Beschluss:

Der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Warendorf vom 20.10.2017 einschließlich der Anlage A.1 zur Notfallsanitäterausbildung wird entsprechend der vorliegenden Anlagen geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Richtlinien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Seniorinnen und Senioren im Kreis Warendorf	118/2018/1
----	---	-------------------

Beschluss:

Die Richtlinien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Seniorinnen und Senioren im Kreis Warendorf werden unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 13.09.2018 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf	119/2018
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Notwendige Hilfen für haushaltsnahe Dienstleistungen und pflegerische Bedarfe bei Leistungsberechtigten unterhalb Pflegegrad 2 sowie Leistungen nach § 70 SGB XII (Hilfen zur Weiterführung des Haushalts) werden ab 2019 von der Kreisverwaltung erbracht. Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf wird entsprechend geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern des Kreises Warendorf in Gremien juristischer Personen bzw. Personenvereinigungen	152/2018
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Die Neubesetzung der Vertretung des Kreises Warendorf in den nachfolgenden Gremien wird wie folgt beschlossen:

Institut für Abfall- und Abwasserwirtschaft e.V. Rottmannstraße 33 59229 Ahlen	Mitglieder- versamm- lung	Stellv. Mitglied (alt): Herr Carsten Rehers	Stellv. Mitglied (neu): Herr André Hackelbusch
Kulturgut Haus Nottbeck GmbH Waldenburger Straße 2 48231 Warendorf	Gesell- schafter- versamm- lung	Stellv. Mitglied (alt): Herr Knud Vöcking	Stellv. Mitglied (neu): Frau Sandra Riveiro Vega

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Antrag der Kreistagsfraktionen Die Linken und Bündnis 90/Die Grünen	155/2018
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke übergibt das Wort an die Antragsteller.

Frau Grap (Die Grünen) erläutert den Hintergrund des Antrages zum Thema „Hambacher Forst“ und geht auf die Notwendigkeit der Resolution ein. Frau Grap geht auf die Verantwortung und Verpflichtung ein, vor den Gefahren der höchst klimagefährdenden Braunkohlepolitik zu schützen.

Herr Diekhoff (FDP) macht deutlich, dass nun umgesetzt werde, was im Jahr 2016 unter der rot-grünen Landesregierung beschlossen worden sei. Die Nutzung von Braunkohle habe zwar keine Zukunft, ein Ausstieg sei jedoch auch nicht innerhalb so kurzer Zeit realisierbar.

Herr Dr. Blex (AfD) äußert sich dahingehend, dass Braunkohlenutzung zukunftsfähig sei und geht darauf ein, dass für Windkraft ebenfalls großflächig Waldflächen gerodet würden. Auch geht er darauf ein, wie unverantwortlich es sei, ein Blackout zu riskieren.

Herr Gutsche (CDU) hebt die Zukunftsfähigkeit des Landes hervor und spricht sich daher für die Braunkohle als sichere Energie aus. Die Sicherstellung von alternativen Energiequellen sollte angestrebt werden.

Herr Schulte (Die Linke) spricht sich gegen die Energiegewinnung durch Braunkohle aus, da hierdurch Raubbau an der Natur betrieben wird.

Frau Grap (Die Grünen) führt aus, dass überalterte Technologien zur Energiegewinnung mit dem Bekenntnis zum Klimaschutz nicht vereinbar seien. Nachfolgende Generationen sollen geschützt werden.

Herr Westerwalbesloh (SPD) spricht sich dafür aus, gegen das Unternehmen RWE, an welchem der Kreis beteiligt ist, ein Zeichen zu setzen.

Frau Nienkemper (FWG) hofft darauf, eine Verschiebung zu erreichen.

Herr Stöppel (FWG) stimmt Herrn Diekhoff zu, dass Rot-Grün die Entscheidung zur Rodung im Jahre 2016 gefasst habe. Jedoch sei er zuversichtlich, den Wald retten zu können und wäre für eine Kompromisslösung dankbar gewesen.

Landrat Dr. Gericke merkt an, dass er dem Antrag auf keinen Fall zustimmen könne, da er das hohe Maß an Gewalt im Hambacher Forst nicht unterstützen könne.

Herr Gutsche (CDU) macht deutlich, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen von Aktionismus und Extremismus gebe. Er spricht sich für Energiesicherheit aus und dafür, die Resolution abzulehnen.

Beschluss:

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktionen „Die Linken“ und „Bündnis 90/Die Grünen“ wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 21 (SPD, Grüne, FWG, Linke)
Nein 28 (CDU, FDP, AfD)
Enthaltung 1 (FWG)

9. Antrag der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“**156/2018**

Landrat Dr. Gericke erläutert zu dem Tagesordnungspunkt, dass es verschiedene Vorschläge dazu gebe. Zunächst gebe es eine Resolution von den Grünen, die Verwaltung habe ebenfalls eine Formulierung vorgeschlagen und vor der Sitzung habe Herr Westerwalbesloh (SPD) noch einige Ergänzungen verteilt.

Frau Grap (Die Grünen) geht auf die Gründe für die Antragstellung ein und wünscht sich eine Resolution, an der sich alle Parteien beteiligen können. Auch die Ergänzungen der SPD sollen eingearbeitet werden, sodass sich alle hinter die Resolution stellen können.

Herr Blömker (SPD) erläutert den Grund für die vor der Sitzung verteilten Ergänzungen.

Herr Diekhoff (FDP) und Herr Dr. Blex (AfD) vertreten die Meinung, dass der Kreistag nicht das richtige Gremium für eine Resolution sei.

Herr Gutsche (CDU) stellt die Wirksamkeit einer solchen Resolution in Frage. Er hebt die Bemühungen des Landrates hervor, einen ausgewogenen Vorschlag zu machen, welcher durchaus gerechtfertigt sei.

Frau Nienkemper (FWG) und Herr Schulte (Die Linke) und Herr Schlösser (Die Grünen) sprechen sich für die beantragte Resolution aus.

Frau Grap (Die Grünen) hebt die Wichtigkeit hervor, Stellung zu beziehen. Sie finde sich in beiden Entwürfen wieder und würde es unterstützen, die SPD-Formulierungen in den Verwaltungsvorschlag zu integrieren.

Nach weiterer Diskussion der Parteien fasst Landrat Dr. Gericke zusammen, dass es ihm ein Anliegen ist, über gestellte Anträge auch tatsächlich abzustimmen. Es sei ihm wichtig gewesen, einen Vorschlag zu machen, den jeder mittragen könne. Der Verwaltungsvorschlag soll statt einer „Resolution“ ein „Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten“ sein.

Zunächst wird über den Antrag der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ abgestimmt. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Auch der Antrag der SPD wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Verwaltungsvorschlag, „Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten“ wird mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ wird verwiesen.

Der Text der Resolution wird nachversandt, sobald dieser von der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ eingegangen ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 22 (SPD, Grüne, FWG, Linke)
Nein 28 (CDU, FDP, AfD)

Verwaltungsvorschlag zum Tagesordnungspunkt 156/2018:

„Bekanntnis zu demokratischen Grundwerten“

Die Fraktionen im Kreistag des Kreises Warendorf lehnen jegliche Formen des Extremismus ab

„Wenn wir gegenseitige Toleranz und Respekt untereinander sichern wollen, müssen wir darauf bestehen, dass Gewalt oder die Aufforderung zur Gewalt genauso verboten sind wie die Verwendung von Parolen und Symbolen, die den demokratisch rechtsstaatlichen Grundkonsens unserer Republik in Frage stellen“, Zitat des Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble in der 47. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 11. September 2018.

Mit dieser Resolution wollen wir als Kreistagsmitglieder ein Zeichen gegen Extremismus und jede Form von politischer Agitation setzen, die auf die Infragestellung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland abzielt.

Wir stehen für eine demokratische und offene Gesellschaft!

In Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Grundlage unseres deutschen Wertesystems ist unsere Verfassung. Wir setzen uns für die demokratischen Grundwerte aus unserer Verfassung ein und verurteilen sowohl den Rechts- als auch den Linksextremismus sowie den islamistischen Extremismus. Jeder Gruppe, die latent oder offen extrem, rassistisch, antisemitisch oder islamistisch agiert, wird eine klare Absage durch den Kreistag erteilt! Freiheit, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Solidarität sind für uns nicht verhandelbare Grundwerte eines demokratischen Miteinanders.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 48 (CDU, SPD, FDP, Grüne, FWG, AfD, Linke)

Nein 1 (Linke)

Enthaltung 1 (Linke)

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:30 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer